

„Krisengewinnler Deutschland geht es derzeit so gut wie nie“

Wirtschaftsexperte wirbt für „mehr Vertrauen in Marktprozesse“

Von Rolf Masselink

NORDHORN. Für „mehr Vertrauen in Marktprozesse“ hat der Freiburger Wirtschaftsexperte Professor Dr. Lars P. Feld in Nordhorn geworben. Der Wissenschaftler und Mitglied des Sachverständigenrats der Bundesregierung erläuterte beim Jahresauftakt der Grafschafter Wirtschaftsvereinigung die aktuelle wirtschaftliche Lage und kam zu erstaunlichen Ergebnissen.

Deutschland sei ein „Krisengewinnler“, lautete Felds Kernthese. Die deutsche Wirtschaft habe sich wie kaum eine zweite den Herausforderungen der Globalisierung gestellt und notwendige Reformen auf den Weg gebracht. Deshalb gehe es unserem Land „derzeit so gut wie nie“. Gerade deshalb falle die Bundesregierung jetzt aber auf dem Weg der Reformen wieder zurück und stelle in der Renten- und Arbeitsmarktpolitik Weichen falsch.

Deutschland schaffe derzeit einen ganz besonderen Balanceakt, stellte der Freiburger Wissenschaftler anhand vieler Zahlen heraus: ein ausgewogenes Verhältnis im „magischen Viereck“ der Volkswirtschaft. Es würden sowohl Geldwertstabilität wie hoher Beschäftigungsgrad, sowohl eine fast ausgeglichene Außenhandelsbilanz wie angemessenes Wirtschaftswachstum realisiert. „Aber wir jubeln nicht, sondern klagen auf hohem Niveau“, so Feld.

Der Wissenschaftler sieht derzeit zwar Verunsicherung durch „Erwartungseffekte“, aber kaum wirkliche geopoliti-

*„Sireengesänge“
aus dem Ausland
zur deutschen
Handelsbilanz*

tische Risiken für die deutsche Wirtschaft. Sie gehe mit „Schwung“ ins Jahr 2015, weil das Wachstum im letzten Quartal 2014 höher ausgefallen sei als erwartet. Für 2015 seien etwa 1,5 Prozent Wachstum realistisch. Der Arbeitsmarkt stehe wesentlich besser da als vor zehn Jahren. Es gebe weder ein Inflations- noch ein Deflationsrisiko.

Zunehmende Klagen aus dem Ausland über die Exportüberschüsse der deutschen Wirtschaft wies Feld als „Sireengesänge“ zurück. Der Handelsbilanzüberschuss sei fast ausschließlich auf die Exportüberschüsse in die USA zurückzuführen. Und dafür seien nicht die Deutschen verantwortlich, sondern die USA selbst.



Ein „Krisengewinnler“, der besser da steht als je zuvor, ist Deutschland nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Lars Feld (links). Er sprach als Gastreferent beim Jahresauftakt der Wirtschaftsvereinigung Grafschaft Bentheim, hier mit deren Vorsitzendem Dr. Wilfried Holtgrave.

Foto: Konjer

Risiken für die deutsche Wirtschaft erkennt der Sachverständige vor allem durch die Ungleichgewichte im Euroraum: Während er die so genannten Programmländer, die in der Eurokrise Finanzhilfen aus dem Rettungsschirm in Anspruch genommen haben, auf gutem Weg sieht, kämen Frankreich und Italien „nicht auf einen grünen Zweig“. Während es etwa in Spanien Anzeichen für sinkende Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum gebe, stagniere in Italien und Frankreich die Wirtschaft. In beiden Ländern sei kein echter Reformwille erkennbar.

Dort werde die Konsolidierung der Staatsfinanzen über Steuererhöhungen versucht, nicht über Ausgabeneinsparungen. Im Gegensatz zu Spanien gebe es auch keine Neigung zu wirklichen Reformen am Arbeitsmarkt.

Vor diesem Hintergrund kritisierte Professor Feld den jüngsten Beschluss der Europäischen Zentralbank, für mehr als eine Milliarde Euro Staatsanleihen aufzukaufen. Diese Maßnahme komme zu früh, weil es noch kein wirkliches Deflationsrisiko im Euroraum gebe. Aber sie entlaste die Krisenländer Italien und Frankreich vom Druck zu wirklichen Reformen.

In Deutschland hingegen habe es auf allen Ebenen eine „massive Konsolidierung“ gegeben, sowohl in der Wirt-

schaft wie in den privaten und öffentlichen Haushalten. Jetzt aber sieht Professor Feld ein Nachlassen der Konsolidierungsanstrengungen und falsche Weichenstellungen. So habe der Bund etwa seit der Steuerreform von 2005 allein zehn Milliarden Euro Mehreinnahmen durch die so genannte kalte Progression: Einkommensverbesserungen führen zu höhe-

*„Kalte Progression“
bringt dem Bund zehn
Milliarden Euro mehr
Steuereinnahmen*

ren Steuerbelastungen. Diese zehn Milliarden gebe der Bund jedoch nicht an die Steuerzahler zurück, sondern nutze sie zur Finanzierung einer Mütterrente und der abschlagfreien Rente mit 63. Für Feld falsche, teuer erkaufte Signale vor dem Hintergrund zunehmenden Fachkräftemangels und steigender Lebenserwartung.

Auch einen gefährlichen Investitionsstau sieht der Wirtschaftsexperte nicht, wohl aber eine auf Länder-ebene „ziemlich konzeptionslose Verkehrspolitik“. Investitionsprobleme hätten die Regionen, die überschuldet seien. Die investierten ihr Geld nicht in neue, zukunftsfähige Verkehrskonzepte, sondern in die Erhaltung bestehender Strukturen.